

aktuelle analysen | 79



Hanns
Seidel
Stiftung

Klimaschutzbewegung und Linksextremismus

Wie Linksextremisten vom Klimakampf profitieren

Udo Baron

Klimaschutzbewegung und Linksextremismus

Wie Linksextremisten vom Klimakampf profitieren

VORWORT



Markus Ferber, MdEP

Vorsitzender der
Hanns-Seidel-Stiftung

Der Klimaschutz ist ein Thema, das die Menschheit bewegt. Um der globalen Erderwärmung und ihren Folgen entgegenzuwirken, hat sich in den letzten Jahren eine weltweit agierende Klimaschutzbewegung mit dem Ziel formiert, den Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase drastisch zu verringern. Mit den von ihr organisierten Klimastreiks will vor allem die Fridays-for-Future-Bewegung dazu beitragen, dass die globale Erderwärmung, wie im Pariser Klimaschutzabkommen von 2015 vereinbart, auf deutlich unter zwei Grad gegenüber vorindustriellen Werten begrenzt wird.

Die Klimaproteste in Deutschland haben aber auch deutlich gemacht, dass nicht nur Demokraten, sondern auch Linksextremisten den Klimaschutz für sich entdeckt haben und versuchen, die Klimaschutzbewegung für ihre Interessen zu vereinnahmen.

Die Hanns-Seidel-Stiftung hat sich unter dem Motto „Im Dienst von Demokratie, Frieden und Entwicklung“ die Aufgabe gestellt, gesellschaftliche Entwicklungen zu analysieren, um Zusammenhänge deutlich zu machen und Orientierung geben zu können. Vor allem der Blick auf extremistische Bestrebungen nimmt dabei einen hohen Stellenwert ein.

Die vorliegende Publikation möchte in diesem Sinne die links-extremistischen Akteure und Objekte der Einflussversuche auf die Klimaschutzbewegung benennen und analysieren. Dabei sollen insbesondere die strategische Vorgehensweise der Linksextremisten und dessen Auswirkungen in den Fokus gerückt werden. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf der zunehmenden Entgrenzung des Linksextremismus in die Mitte der Gesellschaft.

///

Inhalt

Einführung	8
Linksextremistische Einflussversuche auf die Klimaschutzbewegung	9
Die Akteure der linksextremistischen Einflussversuche ..	10
Linksextremistische Parteien	10
Postautonome	11
Die Objekte der Einflussversuche	13
Ende Gelände (EG)	13
Fridays for Future (FFF)	14
Ausblick	16
Anmerkungen	18



Dr. Udo Baron

ist Politikwissenschaftler, Historiker und Extremismusforscher. Als Referent ist er im Niedersächsischen Verfassungsschutz für den Linksextremismus zuständig. Er hat zahlreiche Publikationen zur DDR-Geschichte, zur Parteiengeschichte und zum politischen Extremismus veröffentlicht.

/// Wie Linksextremisten vom Klimakampf profitieren

Klimaschutzbewegung und Linksextremismus

Um den globalen Klimawandel aufzuhalten, hat sich eine weltweite Klimaschutzbewegung formiert. Der Erfolg dieser Bewegung hat auch Linksextremisten auf den Plan gerufen. Sie versuchen, die Klimaschutzbewegung für ihre Interessen zu vereinnahmen.

Der folgende Beitrag möchte die linksextremistischen Akteure und Objekte der Einflussversuche benennen und ihre Vorgehensweise analysieren. Der zunehmenden Entgrenzung des Linksextremismus in die Mitte der Gesellschaft soll dabei besondere Beachtung beigemessen werden.

Einführung

In mehr als 160 Staaten demonstrierten am 20. September 2019 Millionen Menschen am globalen 3. Klimastreiktag für den Klimaschutz. Anlass für die Kundgebungen war der bevorstehende Klimagipfel der Vereinten Nationen in New York. In Deutschland folgten etwa 1,4 Millionen Demonstranten dem Aufruf der Klimaschutzbewegung „Fridays for Future“ (FFF), davon allein etwa 100.000 Menschen in Berlin und rund 40.000 in München.¹

Um der globalen Erderwärmung und ihren Folgen entgegenzuwirken, hat sich eine international agierende Klimaschutzbewegung formiert. Ihr Ziel ist der Ausstieg aus der Nutzung fossiler Brennstoffe, um so den Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase drastisch zu verringern. Mit Protestaktionen will vor allem FFF dazu beitragen, dass die im Pariser Klimaschutzabkommen vom 12. Dezember 2015 getroffenen Vereinbarungen erreicht und die globale Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad gegenüber vorindustriellen Werten begrenzt wird.

Linksextremisten versuchen, die Klimaschutzbewegung für ihre Zwecke einzuspannen.

Die Klimaproteste in Deutschland haben deutlich gemacht, dass nicht nur Demokraten, sondern auch Linksextremisten den Klimaschutz für sich entdeckt haben und versuchen, die Klimaschutzbewegung für ihre Interessen zu vereinnahmen. Wer aber sind die Akteure einer linksextremistischen Einflussnahme? Wer sind ihre Objekte? Wie versuchen Linksextremisten, Einfluss auf die Klimaschutzbewegung zu nehmen? Welche Auswirkungen haben diese Einflussversuche? Die vorliegende Publikation möchte diesen Fragestellungen nachgehen und insbesondere die strategische Vorgehensweise der Linksextremisten und deren Auswirkungen in den Fokus rücken. Der zunehmenden Entgrenzung des Linksextremismus in die Mitte der Gesellschaft, vor allem den Versuchen seiner Akteure, Bündnisse mit dem nicht-extremistischen Spektrum zu schließen, soll dabei besondere Beachtung geschenkt werden.

Linksextremistische Einflussversuche auf die Klimaschutzbewegung

Linksextremisten greifen gesellschaftlich relevante Themen wie den Antifaschismus oder den Antirassismus in der Erwartung auf, damit bis in die Mitte der Gesellschaft anschlussfähig zu werden. Mit Hilfe ihrer Bündnis- und Kampagnenpolitik versuchen sie, auf Basis eines Minimalkonsenses aktionsbezogene Bündnisse mit dem demokratischen Spektrum zu schließen, um dieses für ihre Interessen zu instrumentalisieren und über gemeinsame Aktionen zu radikalisieren.²

Der Klimaschutz ist deshalb vor dem Hintergrund der angestrebten Energiewende in Deutschland und der darin vorgesehenen Stilllegung von Kohlekraftwerken seit 2014 zunehmend auch für Linksextremisten von Interesse, zumal er sich unproblematisch mit ihrer antikapitalistischen Grundeinstellung in Einklang bringen lässt. Während nach linksextremistischer Auffassung der Kapitalismus auf der Ausbeutung der Arbeiterklasse basiert, stellen Umwelt und Klima in diesem Kontext letztlich eine Erweiterung dieser Ausbeutung dar. Der Klimaprotest lässt sich so zu einem „Klimakampf“ verklären, der nur durch die Überwindung der bestehenden Ordnung erfolgreich sein kann.

Das Thema Energiewende ist für Linksextremisten attraktiv.

Die Akteure der linksextremistischen Einflussversuche

Ein Blick in die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zeigt, dass immer wieder demokratische Organisationen in den Fokus von Linksextremisten geraten sind. Neben der Friedensbewegung gehör(t)en vor allem die Umweltschutz- und nunmehr die Klimaschutzbewegungen zu den Objekten linksextremistischer Bündnis- und Kampagnenpolitik. Gerade die zunehmende politische und mediale Aufmerksamkeit, die diese Bewegungen erfahren, gibt den linksextremistischen Parteien und linksautonomen Gruppierungen die Möglichkeit, durch gemeinsame Aktionen mit demokratischen Organisationen von deren Popularität und Erfolgen zu profitieren.

Linksextremistische Parteien

Linksextremistisch sind die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands und die Deutsche Kommunistische Partei.

Die 1982 gegründete Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) versteht sich als eine marxistisch-leninistische Partei maoistisch-stalinistischer Ausprägung.³ Um an das demokratische Spektrum anschlussfähig zu werden, greift sie aktuelle politisch-gesellschaftliche Themen wie den Umwelt- und Klimaschutz auf. Die Relevanz dieses Themas für die MLPD spiegelt sich nicht nur in einem eigenen Kapitel dazu in ihrem Parteiprogramm wider,⁴ sondern auch in einem von ihrem langjährigen Vorsitzenden Stefan Engel vorgelegten Buch zum Umwelt- und Klimaschutz.⁵ Mit Hilfe der im November 2014 gegründeten und von ihr beeinflussten Umweltgewerkschaft⁶ sucht die MLPD den „engen Schulterschluss zwischen Arbeiter- und Umweltbewegung“ im Kampf gegen die „Hauptverursacher [der Klimakrise] in Konzernzentralen, Banken und Regierungen.“⁷ Vor allem ihr Jugendverband Rebell nutzt die Klimaproteste, um mit Jugendlichen ins Gespräch zu kommen und sie anzuwerben.

Die 1968 gegründete Deutsche Kommunistische Partei (DKP) war als westdeutscher Interventionsapparat der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) bis zur friedlichen Revolution in der DDR 1989/90 programmatisch und finanziell von der SED abhängig.⁸ Heutzutage verfügt die DKP zwar nicht mehr über die Möglichkeiten wie zu Zeiten des Kalten Krieges, sie folgt aber weiterhin ihren marxistisch-leninistischen Leitbildern und ihrer bündnispolitischen Strategie. Für geschulte Marxisten-Leninisten ist der Klimaschutz im Gegensatz zum marxistischen Hauptwiderspruch, der Ausbeutung des Arbeiters durch den Kapitalisten, zwar nur ein Nebenwiderspruch, weshalb manches DKP-Mitglied die Klimaschutzbewegung als

„bürgerlich unterwandert“ betrachtet.⁹ Dennoch bietet sie ihr ebenso wie ihrer formell eigenständigen Jugendorganisation, der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ), die Chance, Einfluss auf eine wachsende Protestbewegung zu nehmen. Daher unterstützt die DKP die Aufrufe zu den globalen Klimastreiktagen und verbindet den Klimaschutz mit ihrer generellen Systemkritik und ihrem antikapitalistischen Kampf.¹⁰

Postautonome

Ungelöste Organisationsdebatten und eine theoretische Orientierungslosigkeit haben in den letzten Jahren dazu geführt, dass Teile der autonomen Szene versuchen, für konkrete Projekte Gruppenstrukturen und Netzwerke aufzubauen. Die Politik dieser als postautonom bezeichneten Gruppierungen ist langfristiger angelegt und verfolgt eine Strategie der kleinen Schritte. Postautonome betreiben deshalb eine breite Öffnung ins demokratische Spektrum, um dort für einen Bruch mit dem Kapitalismus zu werben. Zwei Bündnisse dominieren derzeit die postautonome Szene: die Interventionistische Linke (IL) und das Bündnis „... ums Ganze!“ Kommunistisches Bündnis (uG).¹¹

Entstanden 1999, entwickelte sich die IL zu einem bundesweit agierenden Netzwerk aus linksextremistischen Gruppierungen und Einzelaktivisten. Ihr Ziel ist der „revolutionäre Bruch“ mit den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen, denn um „den Weg zu einer befreiten Gesellschaft freizumachen, braucht es die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln [...] und die Überwindung des bürgerlichen Staatsapparates als Garant dieser Eigentumsordnung.“¹²

Um an das demokratische Spektrum anschlussfähig zu werden, greift die IL Themen auf, die die Menschen bis weit in die Mitte der Gesellschaft bewegen. Insbesondere ihre Klima-AG kümmert sich um den Umwelt- und Klimaschutz. Ihre Akteure geben sich bewusst undogmatisch und bemühen sich um ein gemäßigteres äußeres Erscheinungsbild. So verzichten IL-Protagonisten aus taktischen Gründen auf szenetypische Kleidung und die Anwendung von Gewalt. Diese Vorgehensweise ermöglicht es ihr, eine Scharnierfunktion zwischen dem gewaltorientierten linksextremistischen Spektrum, den dogmatischen Linksextremisten und dem demokratischen Protest einzunehmen.¹³

Die Interventionistische Linke (IL) und „... ums Ganze!“ Kommunistisches Bündnis (uG) zählen zu den Postautonomen.

Das Bündnis uG sieht in der Klimaschutzbewegung nur ein Mittel zum Zweck.

Auch das 2006 gegründete Bündnis uG sieht in der Klimaschutzbewegung ein Mittel zum Zweck, um die „Herrschaft von Staat und Kapital“ zugunsten einer „herrschaftsfreien kommunistischen Gesellschaft“ zu überwinden.¹⁴ Die zum uG gehörende Antifa AK Köln meint, in der „Klimakrise die Wiederkkehr der verdrängten Instabilität der kapitalistischen Welt“ zu erkennen, weshalb die Klimaschutzbewegung für sie die „Chance, das System ins Wanken zu bringen und hoffentlich auch umstürzen zu können“ verkörpert.¹⁵

Die Objekte der Einflussversuche

Die Klimaschutzbewegung ist kein monolithischer Block, sondern setzt sich aus zahlreichen Gruppierungen, Organisationen und Einzelpersonen zusammen. Linksextremisten haben zwar die Bewegung in Gänze im Blick, sie konzentrieren sich aber mit ihren Einflussversuchen auf die erfolgreichsten und ihrer Ideologie am aufgeschlossensten gegenüberstehenden Organisationen.¹⁶

Ende Gelände (EG)

EG trat erstmals 2014 mit der Organisierung von Protesten gegen den Braunkohleabbau in Erscheinung. Ihr gehören sowohl demokratische als auch linksextremistische Gruppierungen an. Sie alle „eint der Gedanke, dass wir sofort aus der Kohle-Verbrennung aussteigen müssen, ebenso wie die Erkenntnis, dass unser Wirtschaftssystem die Basis des Problems ist.“¹⁷ Die Kampagne EG wendet sich unter dem Motto „System Change not Climate Change“ gegen die weitere Nutzung der Braun- und Steinkohle und fordert eine „Abkehr vom fossilen Kapitalismus“. EG will die Infrastruktur der Kohleindustrie möglichst öffentlichkeitswirksam lahmlegen, um auf diese Weise den verantwortlichen Betreiberkonzernen einen möglichst hohen finanziellen Schaden zuzufügen. Seit 2015 führt die Kampagne Großaktionen in Form von Blockaden, Aktionen und Besetzungsversuchen in deutschen Braunkohlerevieren durch, so z. B. Ende 2019 eine „Massenaktion zivilen Ungehorsams“ im Lausitzer Braunkohlerevier.¹⁸

**Ende Gelände (EG)
will die Kohleindustrie
lahmlegen.**

Standen bislang die Proteste gegen den Kohleabbau im nordrhein-westfälischen Garzweiler und in der sächsischen Lausitz sowie der Kampf um den Erhalt des vom Braunkohleabbau bedrohten Hambacher Forstes, eines wenige hundert Hektar großen Waldes in Nordrhein-Westfalen, für EG im Vordergrund, so legt die Kampagne seit Anfang 2020 nunmehr ihren Fokus auf den Widerstand gegen die Inbetriebnahme des Steinkohlekraftwerks Datteln IV, welches zum neuen Symbol der Klimaschutzbewegung werden soll.

Die linksextremistische IL ist nach eigenen Angaben bereits von Anfang an in der Kampagne EG engagiert. Formell ist sie nur eine Unterstützerguppe von vielen, sie war und ist aber maßgeblich an der Gründung von EG-Ortsgruppen beteiligt und dort ein steuernder Faktor. Auf ihrer Website beansprucht sie sogar die Gründungsinitiative von EG für sich, wenn sie schreibt: „Mit Ende Gelände haben wir ein unglaublich großes Ding geschaffen [...]“¹⁹

Dass für die IL der Klimaschutz nur Mittel zum Zweck ist, macht sie in einem ihrer Positionspapiere deutlich. Dort heißt es: „Die Macht des fossil-industriell-militärischen Komplex und die Binnen-,Logik‘ des Kapitals sind nicht voneinander zu trennen. Ziel massenhaften Ungehorsams ist nicht ‚nur‘ Be- bzw. Verhinderung konkreter Zerstörungen, sondern selbstverständlich auch Vertiefung und Intensivierung der gesellschaftlichen Auseinandersetzung über die herrschenden Zustände insgesamt. Eine Klimabewegung wird bei aller Dringlichkeit ihres Anliegens nicht als Ein-Punkt-Bewegung erfolgreich sein können. Sie muss sich vielmehr in Beziehung setzen und verbinden mit weiteren Kämpfen u. a. für Solidarität mit Geflüchteten, Care-Revolution, Recht auf Stadt, gegen Austerität, das herrschende Arbeits- bzw. Prekaritätsregime, Militarismus sowie jegliche weitere Herrschaftsformen.“²⁰

Für die IL ist EG aufgrund ihres Bekanntheitsgrades und der vermeintlichen Verortung im zivilgesellschaftlichen Spektrum von entscheidender Bedeutung für ihre Einflussversuche, zumal EG und die IL unter dem Motto „Ende Gelände goes Europe“ eine Internationalisierung der Proteste anstreben. Nicht von ungefähr sieht der bayerische Verfassungsschutz in EG ebenso wie das Bundesamt für Verfassungsschutz eine „linksextremistisch beeinflusste Bewegung“.²¹

Fridays for Future (FFF)

Die Bewegung Fridays for Future (FFF) entstand ohne linksextremistische Einflussnahme.

Im Gegensatz zu EG ist FFF ohne erkennbare linksextremistische Einflussnahme entstanden. Es handelt sich um eine weitgehend von Schülern und Studenten getragene globale soziale Bewegung, die sich in unzähligen Ortsgruppen basisdemokratisch organisiert. FFF versteht sich als Graswurzelbewegung und engagiert sich für umfassende, schnelle und effiziente Klimaschutz-Maßnahmen. Ihr Ziel ist es, die „Treibhausgasemissionen so schnell wie möglich stark zu reduzieren“, um dadurch die im Pariser Klimaabkommen beschlossene „Einhaltung der Ziele des Pariser Abkommens und des 1,5°C-Ziels“ noch zu erreichen. Konkret fordert FFF eine Senkung der Treibhausgasemissionen in Deutschland bis 2035 auf „netto null“, den „Kohleausstieg bis 2030“, eine „100 % erneuerbare Energieversorgung bis 2035“, das „Ende der Subventionen für fossile Energieträger“, ein Abschalten eines „1/4 der Kohlekraft“ und eine „CO₂-Steuer auf alle Treibhausgasemissionen.“²²

Dem Vorbild der schwedischen Klimaaktivistin Greta Thunberg folgend, gingen bis zum Ausbruch der Corona-Pandemie vor allem Schüler weltweit immer freitags während der Unterrichtszeit für den Klimaschutz auf die Straße.

Am ersten weltweit organisierten Klimastreiktag, dem 15. März 2019, sollen annähernd eine Millionen Menschen an den Demonstrationen von FFF teilgenommen haben, darunter laut den Veranstaltern 300.000 Menschen in Deutschland. Beim zweiten globalen Klimastreiktag am 24. Mai 2019 waren es laut Veranstalterangaben gar weltweit 1,8 Millionen Menschen.²³

Auch wenn FFF ohne linksextremistische Einflussnahme entstanden ist, gibt es Linksextremisten in ihren Reihen. So hat sich im März 2019 innerhalb von FFF eine „antikapitalistische Plattform“ namens „Change for Future“ (CFF) gegründet. Darin wirken u. a. Rebell, die Jugendorganisation der MLPD, und die der trotzkistischen Gruppe ArbeiterInnenmacht (GAM) nahestehende gewaltorientierte Jugendorganisation Revolution (REVO) mit. Um „der Kapitalismuskritik mehr Gehör zu verschaffen“, will CFF die „Antikapitalisten“ innerhalb von FFF vernetzen und die „Arbeiterbewegung und FFF“ zusammenbringen.²⁴ Ihre Mitglieder „eint die Einsicht, dass wir zum Lösen der Klimakrise den Kapitalismus überwinden müssen“,²⁵ weshalb sich CFF „klar gegen das momentane System“ stellt.²⁶ Mit Slogans wie „Capitalism will never be green“ oder „Klima retten, Kapitalismus entsorgen“ versuchen Linksextremisten, ihre Weltbilder in die Klimaschutzbewegung einfließen zu lassen.²⁷

Im März 2019 entstand innerhalb von FFF die anti-kapitalistische Plattform Change for Future (CFF).

In jüngster Zeit bietet vor allem die IL der FFF-Bewegung ihre Unterstützung bei der Organisation und Durchführung der Klimaproteste an und tritt als Mitveranstalter und Anmeldender auf. Aus diesem Grund hat die IL z. B. auf einer gemeinsamen Pressekonferenz in Hannover mit Vertretern nicht-extremistischer Organisationen wie FFF Hannover zur Teilnahme an den Klima-Protestaktionen aufgerufen. An der Hannoveraner Demonstration nahmen Akteure der IL mit einem Transparent unter dem Motto „Systemwandel statt Klimawandel“ teil und machten damit deutlich, dass für sie konsequenter Klimaschutz nur möglich ist, wenn der Kapitalismus und der ihn schützende demokratische Rechtsstaat überwunden sind.

Wie offen die noch junge FFF-Bewegung für linksextremistische Annäherungsversuche ist, zeigt auch ihre Vernetzung mit EG, z. B. bei einer gemeinsamen Aktion unter dem Namen Anti-Kohle-Kidz am 30. November 2019 oder ihre Teilnahme an der von der linksextremistischen Tageszeitung Junge Welt organisierten XXV. Internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz am 11. Januar 2020 in Berlin.²⁸

Ausblick

Bereits die Friedensbewegung im Kalten Krieg wurde vom Linksextremismus beeinflusst.

Die heutigen Beeinflussungsversuche von Linksextremisten wecken Erinnerungen an die Auseinandersetzung um den NATO-Doppelbeschluss zu Beginn der 1980er-Jahre. Die NATO hatte damals beschlossen, auf die Vorrüstung der Sowjetunion mit atomaren Mittelstreckenraketen vom Typ SS-20 mit einer Nachrüstung mit atomaren Pershing-II-Raketen und Cruise-Missiles-Marschflugkörpern zu reagieren, sollte die UdSSR nicht zu Verhandlungen mit den USA und infolgedessen zur Abrüstung ihrer Waffen bereit sein. Vor dem Hintergrund eines drohenden neuen atomaren Wettrüstens verfielen große Teile der damaligen bundesrepublikanischen Gesellschaft in eine neurotische Züge annehmende Angst vor einem atomaren „Holocaust“ mit einem Schlachtfeld Deutschland. Es formierte sich eine neue Friedensbewegung, die diese „German Angst“ aufgriff und in die Mitte der Gesellschaft transportierte.

Damals wie heute versuchten Linksextremisten, von dieser weit verbreiteten Angst und der daraus resultierenden Popularität der Friedensbewegung zu profitieren. Vor allem die DKP versuchte, mit Hilfe ihrer Tarnorganisationen wie der Deutschen Friedens-Union, steuernden Einfluss auf die Friedensbewegung zu nehmen. Mit der inhaltlichen Anleitung und materiellen Unterstützung aus der DDR konnten sie zwar den NATO-Doppelbeschluss nicht verhindern, aber es gelang ihnen, Einfluss auf die politische Bewusstseinsbildung von Teilen der bundesrepublikanischen Bevölkerung zu nehmen, deren Reflexe bis heute spürbar sind.²⁹

Heutzutage sind die Umstände andere als damals. Der Kalte Krieg ist vorbei, andere Akteure bestimmen gegenwärtig den Linksextremismus. Dennoch lassen sich auch heute bestimmte Muster linksextremistischer Einflussnahme erkennen. Unübersehbar greifen linksextremistische Parteien und postautonome Gruppierungen im Rahmen ihrer Bündnis- und Kampagnenpolitik den Klimaschutz auf und versuchen, über dieses Thema an den demokratischen Protest anschlussfähig zu werden, um ihn für ihre systemüberwindenden Ziele zu instrumentalisieren. Insbesondere junge Menschen wollen sie über dieses Thema politisieren und sie langfristig an die linksextremistische Szene binden.

Vor allem die aufgrund ihrer undogmatischen Ausrichtung für jüngere Menschen attraktive IL bietet den politisch eher unerfahrenen Klimaschutzaktivisten von FFF Hilfe bei der Organisation und Durchführung von Protestaktionen an. Sie kann sich auf diese Weise als Teil einer legitimen

Protestbewegung inszenieren, sich zunehmend unentbehrlicher machen und so versteckt die Klimaschutzbewegung organisieren und durch rechtswidrige Aktionen radikalieren. Zugleich bemüht sie sich, die Klimaaktivisten für Themen jenseits des Klimaschutzes wie den Antifaschismus oder den Antirassismus zu mobilisieren. Sie hofft, dass dadurch demokratischer und linksextremistischer Protest immer enger zusammenrücken und die Grenzen zwischen ihnen zunehmend verschwimmen. Gemeinsame Proteste von Klimaschutz- und Friedensbewegung wie die gegen die Münchener Sicherheitskonferenz vom Februar 2020 zeigen, dass es sich bei diesen Versuchen nicht nur um bloße Theorie handelt.³⁰

Es kommt nun für die Klimaschutzbewegung – und vor allem für FFF – darauf an, die linksextremistischen Einflussversuche zu erkennen, sie zu benennen, sich von ihnen zu distanzieren und sie unmissverständlich zu unterbinden. Bislang hat FFF Annäherungsversuche von MLPD, DKP und IL weitgehend öffentlich gemacht und sich von Extremisten abgegrenzt. So durfte in Hamburg 2019 eine Zubringer-Demonstration von Linksextremisten nicht an dem Demonstrationszug von FFF teilnehmen.³¹ Gegen eine Teilnahme von Mitgliedern der MLPD mit ihren Parteesymbolen klagte FFF erfolglos.³² Ein steuernder Einfluss auf das demokratische Protestspektrum durch Linksextremisten konnte bislang nicht festgestellt werden.³³ Zwar gibt es mit EG eine unter erheblichen Einfluss der IL entstandene und weiterhin stehende Klimaschutzorganisation und mit CFF eine linksextremistisch beeinflusste Strömung innerhalb von FFF. Dennoch kann nach bisherigen Erkenntnissen die Klimaschutzbewegung in ihrer Gesamtheit nicht als ein linksextremistisches Produkt bezeichnet werden.

Vielfach wird in jüngster Zeit von einer zunehmenden Entgrenzung des Rechtsextremismus in die Mitte der Gesellschaft gesprochen. Dabei wird gerne übersehen, dass diese Entwicklung im Linksextremismus schon seit Jahren im Gange ist. Wie ernst die noch junge Klimaschutzbewegung und vor allem ihr Aushängeschild FFF künftig genommen werden können, hängt deshalb auch davon ab, wie erfolgreich sich ihre Protagonisten von der linksextremistischen Szene abgrenzen. Aber auch das demokratische Spektrum in Gänze ist gefordert, sich unmissverständlich von jeglichem Extremismus zu distanzieren, um glaubwürdig zu bleiben.

**Wichtig ist es,
eine Einflussnahme
rechtzeitig zu erkennen
und zu unterbinden.**

Anmerkungen

- 1 Millionen fürs Klima, in: <https://www.tagesschau.de/inland/klimastreiks-friday-for-future-105.html>, Stand: 25.2.2020.
- 2 Baron, Udo: Linksextremisten in Bewegung, in: www.bpb.de/politik/extremismus/linksextremismus/261924/linksextremisten-in-bewegung, Stand: 20.2.2020.
- 3 Pfahl-Traugber, Armin: Entstehung und Entwicklung der MLPD, in: Linksextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme, hrsg. von Dems., Bonn 2015, S. 102-109.
- 4 Parteiprogramm der MLPD, in: <https://www.mlpd.de/parteiprogramm>, Stand: 18.2.2020.
- 5 Engel, Stefan: Katastrophenalarm: Was tun gegen die mutwillige Zerstörung der Einheit von Mensch und Natur?, Essen, 4. Aufl., 2014.
- 6 In der neuen Umweltgewerkschaft steckt viel MLPD, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 16.2.2015, in: www.waz.de/staedte/gladbeck/in-der-neuen-umweltgewerkschaft-steckt-viel-mlpd-id10359780.html, Stand: 10.2.2020.
- 7 Grundsatzprogramm der Umweltgewerkschaft e.V., in: <https://www.umweltgewerkschaft.org/de/>, Stand: 4.8.2020.
- 8 Deutsche Kommunistische Partei (Hrsg.): Programm der Deutschen Kommunistischen Partei. Beschlossen vom Mannheimer Parteitag der DKP, 20.-22.10.1978, Düsseldorf 1978, S. 7.
- 9 Deutsche Kommunistische Partei (DKP): Kommunistische Diskussionsbeiträge zu #FridaysForFuture, in: www.dkp-mv.de/kommunistische-diskussionbeitraege-zu-fridaysforfuture/, Stand: 17.2.2020.
- 10 Deutsche Kommunistische Partei (DKP): 20. September 2019: Klimastreik und Systemkritik, in: www.redglobe.de/deutschland/umwelt/54584-20-september-2019-klimastreik-und-systemkritik, Stand: 17.2.2020.
- 11 Baron, Udo: Vom Autonomen zum Postautonomen – Wohin steuert die autonome Bewegung?, in: Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2015/16 (II), hrsg. v. Armin Pfahl-Traugber, Brühl / Rheinland 2016, S. 59-79, hier S. 66.
- 12 Interventionistische Linke (IL): IL im Aufbruch – ein Zwischenstandspapier, in: <https://interventionistische-linke.org/positionen/il-im-aufbruch-ein-zwischenstandspapier>, Stand: 25.2.2020.
- 13 Baron: Vom Autonomen zum Postautonomen, S. 74.
- 14 Bündnis ... ums Ganze: Zur Kritik des kapitalistischen Normalvollzugs: Staat, Weltmarkt und die Herrschaft der falschen Freiheit, www.umsganze.org/, Stand: 5.8.2020.

- 15 Antifa AK Köln: Klima. Krisen. Kapitalismus, in: www.umsganze.org/koeln-krisen-kapitalismus/, Stand: 4.8.2020.
- 16 Extinction Rebellion (XR) wird hier nicht aufgeführt, da nach Erkenntnis der Bundesregierung bislang keine Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen vorliegen. Vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der AfD, Drucksache 19/15300 vom 19. November 2019.
- 17 Interventionistische Linke (IL): Raus aus der Kohle – aber wie?, in: <https://interventionistische-linke.org/beitrag/raus-aus-der-kohle-aber-wie>, Stand: 13.2.2020.
- 18 Ende Gelände 2020: Kohle stoppen. Klima schützen. Pressemitteilung vom 23.9.2019, in: <https://www.ende-gelaende.org/press-release/pressemitteilung-vom-23-09-2019/>, Stand: 4.2.2020.
- 19 Interventionistische Linke (IL): Ende Gelände 2016, in: <https://interventionistische-linke.org/beitrag/ende-gelaende-2016>, Stand: 25.2.2020.
- 20 Interventionistische Linke (IL): Globale Solidarität statt systemischer Wahnsinn, in: <https://interventionistische-linke.org/beitrag/globale-solidaritaet-statt-systemischer-wahnsinn>, Stand: 24.2.2020.
- 21 Bayerisches Staatsministerium des Inneren, für Sport und Integration: Verfassungsschutzbericht Bayern 2019, München 2020, S. 278; Bundesamt für Verfassungsschutz: Linksextremisten instrumentalisieren „Klimaschutz“-Proteste, in: www.verfassungsschutz.de/, Stand: 28.7.2020.
- 22 Fridays for Future: Unsere Forderungen an die Politik, in: <https://fridaysforfuture.de/forderungen/>, Stand: 17.2.2020.
- 23 Fridays for Future: Statistics / List Towns, in: <https://fridaysforfuture.org/statistics/list-towns>, Stand: 17.2.2020.
- 24 Rebell: Change for Future – die antikapitalistische Plattform in FFF, in: <http://rebell.info/>, Stand: 29.7.2020.
- 25 Marxisten bei Fridays for Future: „Wir wollen den Planeten retten und nicht die Profite der Konzerne“, Interview mit Roberto-Antonio Sanchino Martínez, in: www.stern.de, Stand: 29.7.2020.
- 26 Pressemitteilung von CFF, in: <https://www.oekologische-plattform.de/> Stand: 29.7.2020.
- 27 Bayerisches Staatsministerium des Inneren, für Sport und Integration: Verfassungsschutzbericht Bayern 2019, München 2020, S. 240.
- 28 Fridays for Future auf der XXV. Internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz, in: Junge Welt, 20.12.2019, S. 4.

- ²⁹ Baron, Udo: Kalter Krieg und heißer Frieden – Der Einfluss der SED und ihrer westdeutschen Bündnisorganisationen auf die Partei „Die Grünen“, Münster u. a. 2003.
- ³⁰ Hub, Ralph: Fridays for Future in München: Demo zur Siko geplant, in: www.abendzeitung-muenchen.de/inhalt.am-14-februar-fridays-for-future-in-muenchen-demo-zur-siko-geplant, Stand: 27.2.2020.
- ³¹ Bubrowski, Helene / Wyssuwa, Matthias: Grenzen verschwimmen. Wie Extremisten Anschluss an die Mitte suchen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.8.2019.
- ³² OVG Lüneburg: Beschluss vom 29. November 2019 – 11 ME 385/19 -, juris.
- ³³ Antwort der NRW-Landesregierung auf die Kleine Anfrage 3206 der AfD vom 29. November 2019, Drucksache 17/8343, 23.12.2019.

Aktuelle Analysen

Die „Aktuellen Analysen“ werden ab Nr. 9 parallel zur Druckfassung auch als PDF-Datei auf der Homepage der Hanns-Seidel-Stiftung angeboten: <https://www.hss.de/publikationen/>. Ausgaben, die noch nicht vergriffen sind, können dort kostenfrei bestellt werden.

- Nr. 1 Problemstrukturen schwarz-grüner Zusammenarbeit
- Nr. 2 Wertewandel in Bayern und Deutschland –
Klassische Ansätze – Aktuelle Diskussion – Perspektiven
- Nr. 3 Die Osterweiterung der NATO – Die Positionen der USA und Russlands
- Nr. 4 Umweltzertifikate – ein geeigneter Weg in der Umweltpolitik?
- Nr. 5 Das Verhältnis von SPD, PDS und Bündnis 90/Die Grünen nach den
Landtagswahlen vom 24. März 1996
- Nr. 6 Informationszeitalter – Informationsgesellschaft – Wissensgesellschaft
- Nr. 7 Ausländerpolitik in Deutschland
- Nr. 8 Kooperationsformen der Oppositionsparteien
- Nr. 9 Transnationale Organisierte Kriminalität (TOK) –
Aspekte ihrer Entwicklung und Voraussetzungen erfolgreicher Bekämpfung
- Nr. 10 Beschäftigung und Sozialstaat
- Nr. 11 Neue Formen des Terrorismus
- Nr. 12 Die DVU – Gefahr von Rechtsaußen
- Nr. 13 Die PDS vor den Europawahlen
- Nr. 14 Der Kosovo-Konflikt: Aspekte und Hintergründe
- Nr. 15 Die PDS im Wahljahr 1999: „Politik von links, von unten und von Osten“
- Nr. 16 Staatsbürgerschaftsrecht und Einbürgerung in Kanada und Australien
- Nr. 17 Die heutige Spionage Russlands
- Nr. 18 Krieg in Tschetschenien
- Nr. 19 Populisten auf dem Vormarsch?
Analyse der Wahlsieger in Österreich und der Schweiz
- Nr. 20 Neo-nazistische Propaganda aus dem Ausland nach Deutschland
- Nr. 21 Die Relevanz amerikanischer Macht:
anglo-amerikanische Vergangenheit und euro-atlantische Zukunft
- Nr. 22 Global Warming, nationale Sicherheit und internationale politische
Ökonomie – Überlegungen zu den Konsequenzen der weltweiten
Klimaveränderung für Deutschland und Europa

- Nr. 23 Die Tories und der „Dritte Weg“ – Oppositionsstrategien der britischen Konservativen gegen Tony Blair und New Labour
- Nr. 24 Die Rolle der nationalen Parlamente bei der Rechtssetzung der Europäischen Union – Zur Sicherung und zum Ausbau der Mitwirkungsrechte des Deutschen Bundestages
- Nr. 25 Jenseits der „Neuen Mitte“: Die Annäherung der PDS an die SPD seit der Bundestagswahl 1998
- Nr. 26 Die islamische Herausforderung – eine kritische Bestandsaufnahme von Konfliktpotenzialen
- Nr. 27 Nach der Berliner Wahl: Zustand und Perspektiven der PDS
- Nr. 28 Zwischen Konflikt und Koexistenz: Christentum und Islam im Libanon
- Nr. 29 Die Dynamik der Desintegration – Zum Zustand der Ausländerintegration in deutschen Großstädten
- Nr. 30 Terrorismus – Bedrohungsszenarien und Abwehrstrategien
- Nr. 31 Mehr Sicherheit oder Einschränkung von Bürgerrechten – Die Innenpolitik westlicher Regierungen nach dem 11. September 2001
- Nr. 32 Nationale Identität und Außenpolitik in Mittel- und Osteuropa
- Nr. 33 Die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU – eine „Privilegierte Partnerschaft“
- Nr. 34 Die Transformation der NATO. Zukunftsrelevanz, Entwicklungsperspektiven und Reformstrategien
- Nr. 35 Die wissenschaftliche Untersuchung Internationaler Politik – Struktureller Neorealismus, die „Münchener Schule“ und das Verfahren der „Internationalen Konstellationsanalyse“
- Nr. 36 Zum Zustand des deutschen Parteiensystems – eine Bilanz des Jahres 2004
- Nr. 37 Reformzwänge bei den geheimen Nachrichtendiensten? Überlegungen angesichts neuer Bedrohungen
- Nr. 38 „Eine andere Welt ist möglich“: Identitäten und Strategien der globalisierungskritischen Bewegung
- Nr. 39 Krise und Ende des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes
- Nr. 40 Bedeutungswandel der Arbeit – Versuch einer historischen Rekonstruktion
- Nr. 41 Die Bundestagswahl 2005 – Neue Machtkonstellation trotz Stabilität der politischen Lager
- Nr. 42 Europa Ziele geben – Eine Standortbestimmung in der Verfassungskrise
- Nr. 43 Der Umbau des Sozialstaates – Das australische Modell als Vorbild für Europa?

- Nr. 44 Die Herausforderungen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007 –
Perspektiven für den europäischen Verfassungsvertrag
- Nr. 45 Das politische Lateinamerika: Profil und Entwicklungstendenzen
- Nr. 46 Der europäische Verfassungsprozess –
Grundlagen, Werte und Perspektiven nach dem Scheitern des
Verfassungsvertrags und nach dem Vertrag von Lissabon
- Nr. 47 Geisteswissenschaften – Geist schafft Wissen
- Nr. 48 Die Linke in Bayern – Entstehung, Erscheinungsbild, Perspektiven
- Nr. 49 Deutschland im Spannungsfeld des internationalen Politikgeflechts
- Nr. 50 Politische Kommunikation in Bayern – Untersuchungsbericht
- Nr. 51 Private Sicherheits- und Militärfirmen als Instrumente staatlichen Handelns
- Nr. 52 Von der Freiheit des konservativen Denkens –
Grundlagen eines modernen Konservatismus
- Nr. 53 Wie funktioniert Integration? Mechanismen und Prozesse
- Nr. 54 Verwirrspiel Rente – Wege und Irrwege zu einem gesicherten Lebensabend
- Nr. 55 Die Piratenpartei –
Hype oder Herausforderung für die deutsche Parteienlandschaft?
- Nr. 56 Die politische Kultur Südafrikas – 16 Jahre nach Ende der Apartheid
- Nr. 57 CSU- und CDU-Wählerschaften im sozialstrukturellen Vergleich
- Nr. 58 Politik mit „Kind und Kegel“ –
Zur Vereinbarkeit von Familie und Politik bei Bundestagsabgeordneten
- Nr. 59 Die Wahlergebnisse der CSU – Analysen und Interpretationen
- Nr. 60 Der Islamische Staat – Grundzüge einer Staatsidee
- Nr. 61 Arbeits- und Lebensgestaltung der Zukunft – Ergebnisse einer Umfrage in
Bayern
- Nr. 62 Impulse aus dem anderen Iran –
Die systemkritische iranische Reformtheologie und der
christlich-islamische Dialog in Europa
- Nr. 63 Bayern, Tschechen und Sudetendeutsche:
Vom Gegeneinander zum Miteinander
- Nr. 64 Großbritannien nach der Unterhauswahl 2015
- Nr. 65 Die ignorierte Revolution?
Die Entwicklung von den syrischen Aufständen zum Glaubenskrieg
- Nr. 66 Die Diskussion um eine Leitkultur –
Hintergrund, Positionen und aktueller Stand
- Nr. 67 Europäische Energiesicherheit im Wandel –
Globale Energiemegatrends und ihre Auswirkungen

- Nr. 68 Chinas Seidenstraßeninitiative und die EU: Aussichten für die Zukunft –
China’s Silk Road Initiative and the European Union:
Prospects for the Future
- Nr. 69 Christliche Kirchen und Parteien – Übereinstimmungen und Gegensätze
- Nr. 70 Krisenherd Iran – Innere Entwicklung und außenpolitischer Kurs
- Nr. 71 Mittelpunkt Bürger: Dialog, Digital und Analog
- Nr. 72 Change in der Medien- und Kommunikationsbranche –
Ein Leitfaden für Veränderungsprozesse und die digitale Zukunft
- Nr. 73 Versorgungssicherheit bei Kritischen Rohstoffen –
Neue Herausforderungen durch Digitalisierung und Erneuerbare Energien
- Nr. 74 Jugendstudie Bayern 2019 – Untersuchungsbericht
- Nr. 75 Europa gestaltet globale Handelsbeziehungen –
Die Abkommen mit Japan, Mercosur und Vietnam
- Nr. 76 Rechtes Land? Demokratie stärken
- Nr. 77 Informationsbedrohungen – Herausforderungen für den
europäischen Informationsraum (deutsch und englisch)
- Nr. 78 Protestbewegungen in Russland: Zwischen Aufbruch und Stagnation
- Nr. 79 Klimaschutzbewegung und Linksextremismus –
Wie Linksextremisten vom Klimakampf profitieren

IMPRESSUM

ISBN	978-3-88795-589-2
Herausgeber	Copyright 2020, Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel. +49 (0)89 / 1258-0 E-Mail: info@hss.de , Online: www.hss.de
Vorsitzender	Markus Ferber, MdEP
Generalsekretär	Oliver Jörg
Redaktion	Barbara Fürbeth (Redaktionsleiterin) Susanne Berke (Redakteurin) Marion Steib (Gestaltung, Satz, Layout)
V.i.S.d.P.	Thomas Reiner (Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit)
Umschlaggestaltung	Gundula Kalmer, München
Druck	Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Hausdruckerei, München
Hinweise	Zur besseren Lesbarkeit der Texte wird auf die gleichzeitige Verwendung femininer und maskuliner Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten geschlechtsneutral bzw. für alle Geschlechter.

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V.



**Hanns
Seidel
Stiftung**

